

Auer Tageblatt

Die Auer Tagesblätter sind in allen Orten des Erzgebirges zu beziehen. - Preis 10 Pf. -

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Lebensversicherung...
Kontingente für Anzeigen aus dem Erzgebirge...
Kontingente für Anzeigen aus dem Erzgebirge...
Kontingente für Anzeigen aus dem Erzgebirge...

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1013. Amt Leipzig Nr. 9118

Nr. 103

Sonnabend, den 3. Mai 1924

19. Jahrgang

Jede Stimme zählt!

Ein letztes Wort zur Wahl.

Ein Berliner illustriertes Wochenblatt bringt auf der ersten Seite seiner letzten Ausgabe Zeichnungen (Karikaturen) mit der gemeinsamen Unterschrift „Die Sorte, die nicht wählt“. Man sieht da vorzüglich photographiert den dünnleibigen Manufakturmann, der nicht zur Wahl geht, weil keine Partei seiner höchstpersönlichen Meinung gerecht wird, ferner den typischen Vertreter der Faulheit, der am Sonntag „sei Ruh ham will“, den Dummen, der „vergessen“ hat, welchen Kandidaten er eigentlich wählen soll, den Satten, dem's auch ohne Wahl „nicht schlecht“ geht, und die gleichgültige Dame, der das Wählen „unschicklich“ erscheint. Diese Zeichnungen sind so gut gelungen daß sie zweifellos ihren Eindruck auf viele nicht verfehlen werden. Die eigentlich beabsichtigt hatten, sich am Sonntag zu den Nichtwählern feilwärts ins Gebüsch zu schlagen. Aber es wird immerhin nur eine recht begrenzte Zahl von Wahlberechtigten geben, die diese Karikaturen zu Gesicht bekommen, und die Sache ist angesichts der ungeheuren Tragweite des diesmaligen Wahlausfalls von so schicksalsschwerer Bedeutung, daß ich dazu auch noch einige ernste Worte in jeder Stunde verlohnen.

Bei früheren Wahlen nach dem alten Wahlrecht kam es in der Tat in vielen Fällen garnicht sehr darauf an, ob alle Wähler reiflos ihrer Wahlpflicht genügt. Wir erinnern uns beispielsweise noch an den arbeitslosen Wahlkreis Teitow-Beestow-Charlottenburg, bei dem jedesmal mehr als 100 000 „bürgerliche“ Stimmen glatt unter den Tisch fielen, weil die Sozialdemokratie regelmäßig im ersten Anlauf mit rund 100 000 Stimmen siegte. Da die unterlegenen nichtsozialdemokratischen Stimmen anderen Wahlkreisen nicht zu Gute kommen konnten, waren sie wirklich von vornherein nutzlos abgegeben. Ob man 5 oder 10 000 Stimmen mehr oder weniger von ihnen sammelte, war für das Wahlergebnis ganz bedeutungslos. Viele Wähler verlesien sich denn auch auf diese Erfahrung und gingen überhaupt nicht zur Wahl.

Das ist heute ganz anders geworden. Bei dem Verhältniswahlrecht, das wir haben, und bei der Verbindung mehrerer Wahlkreise zu je einem Wahlkreisverband, vor allem aber durch die Einrichtung der Reichswahlkreise fällt jede einzelne Stimme, die überhaupt abgegeben wird, ins Gewicht. Es kann garnicht mehr vorkommen, daß ein Wähler nutzlos zur Wahlurne geht. Selbst wenn keine Partei im eigenen Wahlkreis nicht liegt, kann sie im Wahlkreisverband oder auf der Reichswahlkreise sehr wohl den Ausschlag für ein Mandat seiner Partei geben. Jede Stimme zählt!

Infolgedessen erhält auch jede nicht abgegebene Stimme ihre Bedeutung. Sie kommt nämlich denjenigen Parteien zugute, die in der Wahllegation am kräftigsten auftreten und damit die Masse der Unentschiedenen gewinnen. Bei den letzten Reichstagswahlen vor vier Jahren gab es rund 85 Millionen Wahlberechtigte. Abgegeben wurden aber nur rund 28 Millionen Stimmen (darunter 283 000 unzulässige!) Es sind also unter den 85 Millionen Wahlberechtigten 8 Millionen Nichtwähler gewesen, d. h. es haben etwa 22 Prozent Wahlberechtigter deutscher Männer und Frauen damals ihrer Wahlpflicht nicht genügt. Nimmt man an, daß 12 Prozent der Nichtwähler wegen Krankheit oder aus anderen triftigen Gründen entschuldigt gewesen sind, so bleiben noch 10 Prozent oder 8 1/2 Millionen übrig, die zu jenen Gleichgültigen, Satten, Faulen, Dummen und Dünkelhaften gehören, die ihrer Staatspflicht am entscheidendsten Tage nicht Gehör getan haben. Sehr wahrscheinlich wäre das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst und vielleicht wäre der verlorene Reichstag „arbeitsfähiger“ gewesen, wenn die Nichtwählerzahl weniger groß gewesen wäre.

Soll es diesmal wieder so gehen? In zahllosen Flugblättern und Wählerversammlungen ist dem deutschen Volk in den letzten Wochen von allen Parteien klargestellt worden daß vom Ausfall dieser Wahl mehr als von früheren Wahlergebnissen die Zukunft Deutschlands abhängt. Die Reichsregierung selbst hat das noch öfters in einer Kundgebung an das deutsche Volk bekräftigt. Jeder einzelne Mann und jede einzelne Frau hat aber, wie oben nachgewiesen, die Möglichkeit der Beeinflussung dieses deutschen Zukunftschicksals durch den Stimmzettel am 4. Mai. Deshalb trägt auch jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, ob sie wollen oder nicht, die Mitverantwortung für den Wahlausfall. Niemand außer den Schwerkranken und dringend Behinderten kann sich dieser Mitverantwortung entziehen. Jeder ist vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volk verpflichtet, zu wählen. Wählrecht ist Wahlpflicht!

Zu dieser moralischen Verpflichtung aus der Bürgerpflicht zur deutschen Volksgemeinschaft kommt noch

eine rein praktische Hinsicht. Die Politik ist nicht eine beliebige Beschäftigung, der man sich hingeben oder die man nach Belieben auch unterlassen kann, sondern die Politik bestimmt das Schicksal nicht nur des Gesamtvolkes, sondern auch jedes einzelnen Volksgenossen. Von ihr hängt nicht nur die Höhe der Steuerzahlungen, der Grad der Beschäftigung oder der Arbeitslosigkeit in der Volkswirtschaft, die Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Innern ab, sondern die Politik bringt auch in jeden Einzelhaushalt und in jedes Menschenschicksal ein. Ober sollten wir schon verzeihen haben, wie die Politik der letzten Jahre den breiten Massen des Volkes Entbehrungen und Mühe grimmigster Art auferlegt hat? Wie sie in jede Stube eindrang und den kümmerlichen Inhalt des Kochtopfes der Hausfrau, die Beere ihrer Wirtschaftsstufe bestimmte? Wie sie das Gedeihen und das Wachstum unserer Kinder schädigte? Gewiß hatte die größte Schuld an den erbarmungswürdigen Zuständen der grausame Druck unserer Feinde mit ihren unerfüllbaren Forderungen. Aber innerhalb der Grenzen, die der politischen Betätigung gezogen waren, kam doch unendlich viel darauf an, ob besonnene Männer oder tolle Draufgänger die deutsche Politik machten. Was wäre wohl geschehen, wenn die Unverantwortlichen in den letzten Jahren am Ruder gewesen wären, die jetzt in den Wählerversammlungen nicht genug Entrüstung aufbringen können über die angebliche Schlappheit und Nachgiebigkeit der Reichsregierung und der Regierungsparteien? Daß sie nicht zur Herrschaft kommen konnten, daß die ruhige Politik der Mitte das deutsche Schicksal in den letzten Jahren bestimmte und wenigstens die Einheit des Reichs und den Bestand des Staates rettete, ist das große Verdienst der verantwortungsbewußten Wähler der vorigen Wahl. Ihre Zahl muß diesmal noch größer werden, wenn schwere Gefahren abgewandt werden sollen. Und kein deutscher Mann und keine deutsche Frau darf am 4. Mai fehlen. Denn jede Stimme zählt!

Ein amerikanischer Sozialdemokrat über Kriegsschuld und Rubleinbruch.

Wie die „Sächsische Industrie“, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, mitteilt, hat der Senatspräsident Schmölzer (Kasseler) kürzlich in der „Weiter-Zeitung“ über den Besuch des amerikanischen sozialdemokratischen Kongressrepräsentanten Victor J. Berger in Europa berichtet und dessen in dem „Milwaukee Leader“ und „Milwaukee Herald“ veröffentlichten Eindrücke wiedergegeben. In diesem Bericht behandelt der genannte amerikanische Sozialist auch die Kriegsschuldfrage und sein Urteil hierüber steht wohlthuend ab von der einseitigen Stellungnahme, die viele deutsche Sozialisten und namentlich sächsische Sozialdemokraten und sozialistische Blätter in dieser Frage eingenommen haben. Der genannte amerikanische Sozialist schreibt hierzu noch folgendes: „Nach den von der Räteregierung bekanntgegebenen Geheimverträgen zwischen dem Jaren, Frankreich und England ist es eine Nichtswürdigkeit, das deutsche Volk und die alte Regierung für den Krieg allein haftbar zu machen. Der Schuldanteil der alten Deutschen Regierung erscheint im Vergleich mit der Schuld der anderen Mächte als eine Quantität nebligeable.“

Weiter spricht der Bericht davon, daß Deutschland im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons die Waffen niedergelegt habe, diese 14 Punkte sich aber als eisenhartes Schloß erwiesen und kennzeichnet dann Frankreich als den eigentlichen Kriegstreibler, wobei er der Grande Nation folgendes ins Stammbuch schreibt: „Frankreich ist ins Ruhrgebiet einmarschiert, um die deutsche Industrie zu erdroffeln und Deutschland zu vernichten. Darauf haben die deutschen Arbeiter ihre Tätigkeit eingestellt. Ihr passiver Widerstand war eine spontane Auflehnung gegen die Verklammerung ihrer Arbeit.“

Die deutschen Arbeiter wollten auch die deutsche soziale Gesetzgebung, die der französischen schon vor der Revolution weit voraus war, vor den Franzosen schützen.

Um den Widerstand der deutschen Arbeiter mit Hunger und Verzweiflung zu brechen, haben dann die Franzosen eine neue Blockade verhängt.“

Frankreich hat keinen Cent übrig, um auch nur die Zinsen seiner Schuldenmasse an England und Amerika zu zahlen. Für seinen Militarismus oder Schaffe es Unsummen herbei. Es verfügt über die größte und bestequipierte Armee, die die Welt gesehen hat. Es hat zehnmal soviel Flugmaschinen und Unterseeboote, als alle am Weltkrieg beteiligten Nationen zusammen. Polen ist nicht weiter als sein Trabant. Es muß im

Interesse Frankreichs eine ungeheure Armee unterhalten. Frankreich hat den Zugoslaven eine riesige Summe für Neuaufrüstung ihrer Armeen vorgestreckt, und Marshall Joch insiviert die tschecho-slowakische Truppen, als wären es seine eigenen. Daneben hat Frankreich die Wohlthaten der Kriegslagen geerbt und betreibt eine neue kostspielige Propaganda. Es hat in New York im Hause 598 Madison Avenue ein Informationsbüro eingerichtet und gibt dort Millionen Dollar für Propagandaliteratur und für Reden aus. Infolgedessen ist „in Amerika die große Mehrzahl auch der Intellektuellen noch eingeschoren auf die Säge: Deutschland wollte die Welt mit Feuer und Schwert unterjochen. Die Säge der Mitterten war eine heilige. Die Amerikaner sind zu ihnen als Kreuzritter herübergekommen. Sie haben gekämpft für Europas Sicherheit.“ In Wahrheit liegt die Sache anders, gekämpft wurde für den französischen Militarismus und „der Militarismus ist nie segenshaftend, besonders nicht der französische Militarismus“. „Gätten die Vereinten Staaten sich nicht eingemischt so wäre der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach unentschieden geblieben, die Kriegführenden wären zu irgend einer Verständigung gekommen, der föllische Vertrag von Versailles wäre unmöglich geworden, alle Nationen hätten sich längst wieder in den Dienst der Arbeit gestellt.“

Belgische Vermittlungsversuche.

Die belgischen Minister Theunis und Dymans sind gestern abend 9 Uhr in London eingetroffen und werden heute abend mit Macdonald und dem Schatzkanzler Snowden die Anwendung des Dawesplans besprechen. Nach Ansicht der Presse handelt es sich bei der Vermittlungssaktion der belgischen Minister hauptsächlich darum, Mittel zu finden, um Boicars zur Aufgabe der Eisenbahnregie zu bringen, deren Selbsthaltung er mit der Sicherheit Frankreichs und der Befestigungstruppen begründet. Die Belgier haben einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, der dem internationalen Ausschuss zur Ueberwachung der Reichsbahnen die Befugnis überträgt, über die verkehrstechnische Sicherheit der Befestigungstruppen zu wachen.

26 000 ausgewiesene Eisenbahner!

Unter den 140 000 aus dem besetzten Gebiete ausgewiesenen Deutschen befinden sich allein 26 000 Beamte und Arbeiter der deutschen Reichsbahnen. Rechnet man dazu 33 000 Familienangehörige so hat die Ausweisung 59 000 Personen betroffen, die vom Eisenbahndienst abhängen. Davon sind bisher in das besetzte Gebiet nur 4400 Eisenbahnbeamte und -arbeiter zurückgeführt.

Wieder eine Alliertennote wegen der Schuttpolizei.

Die „Times“ melden aus Paris, der Wirtschaftsextrat hat einer neuen Note an Deutschland zugestimmt, die sich gegen die Nichtachtung der Entwaffnungsforderungen hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Schuttpolizei wendet. Die neue Note weist Deutschland nachdrücklich auf die Folgen einer weiteren Weigerung hin, die als Verletzung des Versailles-Vertrages angesehen werden müsse. Der Wirtschaftsextrat wird in seiner Sitzung am nächsten Mittwoch die Schlussredigierung der Note vornehmen.

Die Reuporter City-Bank für Streichung der alliierten Kriegsschulden.

Wie der „Daily Telegraph“ aus New York berichtet tritt die National-City-Bank, das größte Finanzinstitut in den Vereinten Staaten, öffentlich gemeinsam mit anderen finanziellen und kaufmännischen Unternehmen für die Verminderung bzw. Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika ein. In ihrem Monatsbericht weist die Bank die Amerikaner darauf hin, daß die Annahme des Reparationsplanes der Sachverständigen ein formelles Ersuchen Europas um Verminderung der Schulden an die Vereinten Staaten nach sich ziehen werde, und daß die Amerikaner bereit sein müßten, eine Antwort zu erteilen. Der Bericht betont, der Sachverständigenplan bedeute eine wesentliche Verminderung der Reparationssumme.

Troß! an Macdonald.

In der gestrigen Festigung des Moskauer Komjews führte Troßki aus, wenn die Arbeiterregierung in England Mut besäße, würde sie mit uns einen Vertrag abschließen, welcher die ganze Weltgeschichte umstürzen würde. Eine Verbindung der russischen Arbeiterkraft mit der englischen wäre eine Grundlage des Friedens. Aber die Regierung Macdonalds erfüllt gegen ihren Willen eine riesige vorbereitende Aufgabe und wird eine revolutionäre Bewegung in England hervorzubringen. Macdonald hat unlängst gesagt: Wir haben gegen Moskau